

Berlin

7. August 1975

42. Jahrgang

Häglin

Die wirtschaftliche Lage der DDR zur Jahresmitte 1975

Die Wirtschaft der DDR hat im ersten Halbjahr 1975 die im Volkswirtschaftsplan gesetzten Ziele insgesamt erreicht. Mit einer weiterhin hohen Steigerung der Arbeitsproduktivität je Beschäftigten wurde ein gesamtwirtschaftliches Wachstum von mehr als 5 vH erzielt. Bei der Verwendung des Sozialprodukts wurden die im Plan angelegten Verschiebungen in der Verwendungsstruktur bereits sichtbar: Der private Verbrauch hat nicht mehr die Priorität, die ihm in den vergangenen Jahren zuerkannt worden ist.

Im Volkswirtschaftsplan wurden für das Jahr 1975 folgende Daten vorgegeben:

- Erhöhung der Nettoproduktion der produzierenden und verteilenden Bereiche um 5,5 vH,
- überdurchschnittliche Steigerung der industriellen Warenproduktion (+ 6,3 vH),
- verlangsamte Entwicklung beim privaten Verbrauch (Einzelhandelsumsatz + 4,6 vH),
- Steigerung der Bruttoinvestitionen mit der Rate des Vorjahres (+ 4,4 vH).

Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik meldet im Planerfüllungsbericht für das erste Halbjahr 1975 einen Zuwachs des produzierten Nationaleinkommens von – vorläufig – 5,5 vH; das entspricht dem für das ganze Jahr vorgesehenen Wachstumstempo.

Entstehung des Nationaleinkommens

Die Warenproduktion der Industrie stieg im Berichtszeitraum um 6,8 vH, arbeitstäglich bereinigt um 7,5 vH. Nach dem Erfüllungsbericht haben alle Industriebereiche die staatlichen Aufgaben überboten. Die zahlreichen Wettbewerbsverpflichtungen führten auch zu einer beträchtlichen Erhöhung der Arbeitsproduktivität je Beschäftigten; sie nahm – arbeitstäglich bereinigt – um 6,7 vH zu.

Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen der Monatsstatistik – Angaben sind bis Mai d. J. vorhanden – hat sich die Rangfolge der einzelnen Industriebereiche in der Wachstumsskala etwas verändert: Die vorwiegend für den privaten Verbrauch produzierenden Zweige Leicht-, Textil- und Lebensmittelindustrie wuchsen etwas weniger als die Gesamtindustrie. Über dem Durchschnitt liegt neuerdings die Baumaterialienindustrie und nach wie vor die Chemische Industrie und der Bereich Elektrotechnik / Elektronik / Gerätebau.

Der Vorrang der Baumaterialienindustrie entspricht der im Rahmen des Fünfjahrplans 1971 bis 1975 betriebenen intensiven Förderung des Wohnungsbaus. Das Fünfjahrplansoll von 500 000 Wohnungen konnte schon im ersten Halbjahr 1975 erfüllt werden. Die Bauwirtschaft hat ihre Produktion – auch infolge der guten Witterung – um reichlich 7 vH erhöht (Jahresplan: + 5 vH). Im Wohnungsbau wurden 45 100 Einheiten neu errichtet, weitere 20 000 Einheiten durch Umbau, Ausbau oder Modernisierung fertiggestellt (erstes Halbjahr 1974: 38 200 und 20 000).

Die landwirtschaftliche Produktion entwickelte sich im ersten Halbjahr günstig. Bei allen Erzeugnissen der Tierproduktion wurden die geplan-

ten Mengen überschritten; zugleich konnten die Viehbestände weiter erhöht werden. Der bevorstehenden Ernte sieht die Landwirtschaft der DDR allerdings mit gedämpften Erwartungen entgegen. Die extreme Trockenheit dieses Sommers hat in fast allen Bezirken die pflanzliche Produktion beeinträchtigt. Hinzu kommt, daß auch in diesem Jahr die Düngemittelbereitstellung nicht reibungslos verlaufen ist.

Vom **Verkehrswesen** werden im Planerfüllungsbericht diesmal weniger Mängel erwähnt als früher, lediglich der Baustofftransport ist nicht termin- und sortimentsgerecht gewesen. Der Engpaß dürfte hier jedoch noch nicht beseitigt worden sein: Der Gütertransport erhöhte sich um nur 2,5 vH. Mangelhafte Terminplanung und Ersatzteilknappheit beim

Reparaturdienst sind nach wie vor nicht nur im Verkehrswesen festzustellen.

Erfüllung oder Übererfüllung der quantitativen Produktionsziele bedeutet nicht, daß die chronischen Entwicklungsschwierigkeiten der DDR-Wirtschaft keine Rolle mehr gespielt haben:

- Immer noch sind erhebliche Qualitätsprobleme vorhanden. Die Aufwendungen für Ausschuß, Nacharbeit und Garantieleistungen sind teilweise unverträglich hoch.
- Trotz der in den letzten Jahren beschleunigt ausgebauten Zulieferindustrie ist die Bereitstellung dieser Erzeugnisse nach Menge und Qualität nicht dauerhaft gewährleistet.

Das dominierende Problem ist die Rationalisierung

Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung in der DDR

Realer Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH

	Ist						Plan	
	1971	1972	1973	1. Halbjahr	Jahr	1. Halbjahr	Jahr	
				1974		1975		
Produziertes Nationaleinkommen	4,5	5,7	5,6	5,5	6,3	5,5	5,5	
Industrie								
Warenproduktion	5,5	7,2	6,8	⁵⁾ 7,2	7,4	⁵⁾ 6,8	6,3	
Arbeitsproduktivität	⁶⁾ 5,1	⁶⁾ 4,2	⁶⁾ 5,5	⁷⁾ 6,7	⁶⁾ 6,3	⁷⁾⁸⁾ 6,0	⁷⁾ 5,6	
Baumaterialien, Bruttoproduktion	⁹⁾ 6,2	⁹⁾ 5,0	⁹⁾ 7,1	¹⁰⁾ 11,2	¹⁰⁾ 8,5	9,5	.	
Bauwirtschaft								
Bau- u. Montageproduktion der volkseigenen Bauindustrie	6,1	4,3	4,8	¹¹⁾ 6,3	6,4	¹¹⁾ 7,5	¹²⁾ 5,0	
Arbeitsproduktivität	¹³⁾ 4,3	¹³⁾ 3,1	¹³⁾ 2,3	5,2	4,7	6,9	.	
Fertiggestellte Wohnungen ¹⁾	¹⁴⁾ 0,1	34,9	6,7	5,8	9,9	12,5	¹⁵⁾ -9,2	
dar.: Neubau	- 1,2	7,0	16,1	7,1	9,4	18,1	6,7	
Landwirtschaft								
Staatliches Aufkommen an								
Schlachtvieh	3,2	8,8	5,4	7,9	8,3	11,1	¹⁶⁾ 0,4	
Milch	1,3	6,1	4,2	5,1	4,5	2,0	¹⁶⁾ -1,3	
Eiern	3,6	0,2	4,9	8,5	10,1	3,4	¹⁶⁾ -6,6	
Verkehr								
Gütertransportleistung	4,6	0,4	7,9	¹⁷⁾ -2	1,2	¹⁷⁾ 6	3,8	
Gütertransportmenge	5,5	3,8	1,8	3,4	3,0	2,5	.	
Brutto-Anlageinvestitionen²⁾	0,6	3,9	8,0	2,1	4,2	4,0	4,4	
Binnenhandel								
Einzelhandelsumsatz, gesamt ³⁾	3,9	6,0	5,8	5,8	6,1	4,2	4,6	
davon:								
Nahrungs- u. Genußmittel ³⁾	2,9	4,1	3,2	3,5	4,5	3,8	3,0	
Industriewaren ³⁾	5,1	8,3	8,8	8,6	8,2	4,7	6,2	
Außenhandel								
Umsatz ⁴⁾	6,7	10,8	14,4	¹⁸⁾ .	19,6	¹⁹⁾ .	9,1	
Einfuhr	2,8	9,2	19,6	.	22,8	.	.	
Ausfuhr	10,8	12,2	9,4	.	16,3	.	.	
Nettogeldeinnahmen d. Bevölkerung	3,4	6,1	5,6	4,2	4,8	4,3	4,4	

1) Neu-, Um-, Ausbau sowie Modernisierung. — 2) Ohne Generalreparaturen. — 3) Zuwachs zu jeweiligen Preisen. — 4) Gesamteinfuhr und -ausfuhr, einschl. innerdeutscher Handel, ohne Dienstleistungen; in Valutamark zu jeweiligen Preisen. — 5) Arbeitstäglich bereinigt: 7,8 vH (1974); 7,5 vH (1975). — 6) Bruttoproduktion je Arbeiter und Angestellten (ohne Lehrlinge). — 7) Im Bereich der Industrieministerien (Basis Warenproduktion). — 8) Arbeitstäglich bereinigt: + 6,7 vH. — 9) Bruttoproduktion der Erzeugnishauptgruppe „Baumaterialien“. — 10) Industrielle Warenproduktion der volkseigenen Baumaterialienindustrie. — 11) Bauproduktion der Bauindustrie. — 12) Bauaufkommen. — 13) Bau- und Montageproduktion je Arbeiter und Angestellten. — 14) Ohne Modernisierung. — 15) Geplant ist das mengenmäßige Aufkommen von 125 600 Wohnungen (Ist für 1974: 138 301). — 16) Berechnet anhand der Ist-Ergebnisse des Vorjahres und der geplanten Mengen für 1975. — 17) Geschätzt. — 18) RGW-Länder: + 11,6 vH; nichtsozialistische Länder: mengenmäßig insgesamt + 8 vH. — 19) RGW-Länder: volumenmäßig + 11 vH, Entwicklungsländer: volumenmäßig + 16 vH; die Umsätze mit westlichen Industrieländern stiegen um 4 vH.

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR; Statistisches Taschenbuch der DDR 1975; Statistische Praxis; Planerfüllungsberichte; Volkswirtschaftsplan 1975; Neues Deutschland vom 21. 12. 1974, S. 3 f.; Mitteilung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik über die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1975 im ersten Halbjahr; Neues Deutschland vom 10. 7. 1975, S. 3 f.

beim Einsatz von Rohstoffen und Energie. Die Materialwirtschaft der DDR hat einige neuralgische Punkte:

- im Vergleich zum Weltmaßstab wird weitgehend zu materialintensiv produziert,
- viele Betriebe versuchen, entgegen den Vorschriften zu eng begrenzter Lagerhaltung, vorsorglich höhere Lagerbestände zu halten,
- bei Transport-, Lager- und Umschlagsprozessen entstehen umfangreiche Verluste.

Diese überhöhten volkswirtschaftlichen Kosten fallen nach der erheblichen Verteuerung von Rohstoffen und Energie im westlichen Ausland und – seit Beginn dieses Jahres – auch im RGW-Raum noch stärker ins Gewicht als zuvor. Deshalb wird versucht, die zahlreichen Verordnungen und Beschlüsse über ökonomische Materialverwendung und sparsame Vorratswirtschaft sowie über die Einführung konkreter Normen für den Materialverbrauch in den bedeutenderen Produktionsprozessen mit Nachdruck in die Tat umzusetzen. Offenbar ist es aber noch nicht gelungen, die Festlegung und Anwendung von Materialverbrauchsnormen überall durchzusetzen und damit den spezifischen Materialverbrauch in wünschenswertem Umfang zu senken. Dabei ist überhaupt fraglich, bis zu welchem Grade sich bei den gegebenen Unterschieden in der technischen Ausstattung der Betriebe einheitliche Normen realisieren lassen.

Verwendung des Nationaleinkommens

Auf der Verwendungsseite unterscheidet sich die Entwicklung im ersten Halbjahr – wie auch der Planansatz 1975 – in einem wesentlichen Punkt von den Vorjahren. Die Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung scheint in der Dringlichkeit hinter andere Verwendungsweisen zurückgesetzt zu werden. Bei einem Wirtschaftswachstum von 5,5 vH und einer beträchtlichen Erhöhung der Arbeitsproduktivität hat sich die Versorgung der Bevölkerung nur unterproportional verbessert. Der Einzelhandelsumsatz stieg um 4,2 vH (Plan 1975: 4,6 vH). Eine Verlangsamung war insbesondere bei den Umsätzen für Industriewaren zu verzeichnen. Sie stiegen nur um knapp 5 vH (Jahresplan reichlich 6 vH); in den Vorjahren waren hier Zuwachsraten von 8 vH und mehr zu verzeichnen. Dies weist darauf hin, daß angesichts der drängenden Außenhandelsprobleme das Schwergewicht der Produktionsplanung auf die Förderung der Exportindustrien verlagert wird. Hinzu kommt, daß das Angebot nach Sortiment und Qualität nicht immer mit dem Bedarf übereinstimmt. So ist auch die Forderung nach besserer Versorgung mit den „Tausend kleinen Dingen“ noch immer nicht verstummt.

Bei Nahrungs- und Genußmitteln erhöhte sich der Einzelhandelsumsatz – der früheren Entwicklung entsprechend – um knapp 4 vH. Im einzelnen war allerdings die Versorgung mit Obst und Gemüse nach wie vor nicht zufriedenstellend.

Die im Planerfüllungsbericht ausgewiesenen Daten für den Einzelhandelsumsatz zeigen den nominellen Verlauf. Hinweise auf Preisveränderungen fehlen; der veröffentlichte Index für die Einzelhandelspreise ist nach Angaben im Statistischen Jahrbuch nicht zur Preisbereinigung geeignet. Bei der Indexberechnung wird ein starres Schema für die verkauften Waren zugrundegelegt; Veränderungen im Warenkorb – etwa das Verschwinden von Produkten der billigen Preisgruppe und das Vordrängen teurer Waren – werden damit nicht berücksichtigt. Viele Hinweise deuten darauf hin, daß derartige Veränderungen im Gesamtangebot verstärkt vorgekommen sind und insgesamt zu einer Verteuerung des privaten Verbrauchs geführt haben. Die reale Verbesserung der Versorgung ist mithin etwas geringer zu veranschlagen als es im Einzelhandelsumsatz zum Ausdruck kommt.

Die Steigerung der Einzelhandelsumsätze entsprach im ersten Halbjahr der Zunahme der Einkommen. Die Geldeinnahmen der Bevölkerung stiegen um 4 vH. Zieht man in Betracht, daß in diesem Jahr keine Rentenerhöhungen zu der Einkommenssteigerung beigetragen haben, so verbleibt für die Arbeitnehmer eine etwas höhere Zunahme, die aber immer noch unter der Rate von 5 vH liegt.

Für die Brutto-Anlageinvestitionen wird im Erfüllungsbericht eine Zuwachsrate von 4 vH genannt; dies entspricht etwa der im Plan vorgesehenen Rate. Schwerpunkte waren die Energiewirtschaft und die Zulieferindustrie. Erneut wird auf Unzulänglichkeiten bei der Investitionsvorbereitung und der technischen Durchführung der Investitionsvorhaben – insbesondere bei den Zulieferungen – hingewiesen.

Außenwirtschaftliche Aspekte

Während der Planerfüllungsbericht für das Jahr 1974 im Hinblick auf den Außenhandel noch kaum Schlüsse auf die tatsächliche Entwicklung zugelassen hat, zeigen die nunmehr vorliegenden statistischen Daten einige bemerkenswerte Ergebnisse:

- Im Handel mit den RGW-Ländern stieg die Einfuhr der DDR 1974 mit knapp 14 vH fast doppelt so rasch wie die Ausfuhr (8 vH). Damit hat sich der Handelsbilanzüberschuß auf 0,4 Mrd. Valutamark verringert. Im Handel mit der UdSSR war sogar ein Defizit zu verzeichnen.

Außenhandel der DDR

Ländergruppe	Einfuhr der DDR				Ausfuhr der DDR			
	1973	1974	Zuwachs 1973/1974	Struktur 1974	1973	1974	Zuwachs 1973/1974	Struktur 1974
	in Mill. VM ¹⁾		in vH		in Mill. VM ¹⁾		in vH	
Sämtliche Länder	27 330	33 570	22,8	100	26 172	30 443	16,3	100
RGW-Länder	16 970	19 324	13,9	57,6	18 320	19 739	7,7	64,8
dar.: UdSSR	8 638	10 147	17,4	30,2	9 888	9 955	0,7	32,7
CSSR	2 360	2 518	6,7	7,5	2 637	3 035	15,1	10,0
Polen	2 236	2 408	7,7	7,2	2 576	2 640	2,5	8,7
Ungarn	1 618	1 685	4,1	5,0	1 155	1 703	47,4	5,6
Sonstige sozialistische Länder	646	896	38,7	2,7	844	1 097	30,0	3,6
Westliche Industrieländer	8 898	11 463	28,8	34,1	6 006	8 328	38,7	27,4
dar.: EG-Länder ²⁾	4 526	6 408	41,6	19,1	4 076	5 578	36,8	18,3
dar.: BRD	2 436	2 987	22,6	8,9	2 499	3 010	20,4	9,9
Entwicklungsländer	816	1 888	131,4	5,6	1 002	1 279	27,6	4,2

1) VM = Valuta-Mark; 1 Rubel = 4,67 VM. — 2) Ohne Irland.

Quelle: Statistisches Taschenbuch der DDR 1975, S. 112 f.

- Beim Handel mit den westlichen Industrieländern (einschl. innerdeutscher Handel) hat sich die schon zu Beginn des Jahres geäußerte Vermutung bestätigt, daß der Export der DDR stärker als der Import zugenommen hat. Die Differenz in den Wachstumsraten – Export + 39 vH, Import + 29 vH – war jedoch nicht so groß, daß das erhebliche Defizit abgebaut werden konnte. Der Importüberschuß stieg noch an und belief sich auf rund 3,1 Mrd. Valutamark.
- Im Handel mit den Entwicklungsländern hat sich die Einfuhr der DDR mehr als verdoppelt, die Ausfuhr stieg dagegen nur um reichlich ein Viertel. Der traditionelle Ausfuhrüberschuß hat sich damit in einen erheblichen Einfuhrüberschuß (600 Mill. Valutamark) verwandelt.

Quantitative Angaben über die Teuerungsraten für den Außenhandel liegen nicht vor. Im Handel mit den RGW-Ländern wurden die Preise erst am 1. 1. 1975 offiziell erhöht; im Jahre 1974 ist die Veränderung im RGW-Handel insbesondere mit der Sowjetunion mit einem realen Mehrimport der DDR gleichzusetzen.

Die Zunahme im Außenhandel mit den westlichen Ländern dürfte überwiegend auf Preissteigerungen zurückzuführen gewesen sein. Vermutlich schlugen die Preiseinflüsse bei den Importen stärker zu Buche als bei den Exporten, weil die DDR auf Grund ihrer schwachen Marktstellung die Preissteigerungen auf den Weltmärkten in voller Höhe akzeptieren mußte,

ihrerseits aber Preiserhöhungen nicht immer durchsetzen konnte. Unterstellt man der Weltmarktsituation entsprechende Preisraten von + 25 vH bei der Einfuhr und + 20 vH bei der Ausfuhr, so hätte sich die Einfuhr dem Volumen nach kaum, die Ausfuhr dagegen um 15 vH erhöht. Damit hätte die DDR einen zunehmenden Anteil ihres Nationalprodukts für die Bezahlung ihrer Einfuhren zur Verfügung gestellt, eine Einschätzung, die auch durch die Ergebnisse von Gesamtproduktion und inländischer Verwendung im Jahr 1974 bestätigt wird. Wenn das Defizit im Westhandel gleichwohl höher war als je zuvor (3,1 Mrd. Valutamark), so entsprach dies sicher nicht den Absichten der Wirtschaftsführung.

Die künftige Entwicklung des DDR-Außenhandels ist derzeit schwer einzuschätzen. Auch die Wirtschaftsplaner der DDR selbst dürften bei der Ausarbeitung des neuen Fünfjahrplans vor größeren Problemen stehen als früher. Die Informationen über den bisherigen Verlauf des Jahres 1975 sind wiederum dürftig (nur 14 Zeilen im Planerfüllungsbericht). Genannt werden: Steigerung des „Volumens“ im Außenhandel mit den RGW-Ländern um 11 vH und im Handel mit den Entwicklungsländern um 16 vH; Steigerung der „Umsätze“ mit den kapitalistischen Industrieländern um 4 vH. Wenn diese Bezeichnungen der westlichen Terminologie entsprechen, skizzieren die beiden zuerst genannten Zahlen den realen Zuwachs, die zuletzt genannte Zahl dagegen die nicht preisbereinigte nominelle Ent-

wicklung. Im Handel innerhalb des RGW-Raumes wären zu der realen Rate also die seit Januar geltenden Preiserhöhungen hinzuzuschlagen; die Umsatzentwicklung ist also wesentlich höher anzusetzen. Im Handel mit den westlichen Ländern verbirgt sich dagegen hinter der angegebenen Rate ein realer Rückgang; denn auch im Jahre 1975 haben sich die Weltmarktpreise – wenn auch in geringerem Umfang – weiter erhöht. Die DDR hat sich mithin den Schrumpfungstendenzen auf dem Weltmarkt nicht entziehen können. Leider fehlen offizielle Angaben über Export und Import im einzelnen. Es ist jedoch sehr wahrscheinlich, daß die Exporte der DDR in stärkerem Umfang betroffen worden sind als die Importe, weil die Importhnachfrage der westlichen Industrieländer generell stark gesunken ist, während die Nachfrage der DDR entsprechend ihrer Produktionsentwicklung weiter gestiegen sein dürfte.

Der bisher recht günstige Produktionsverlauf des Jahres 1975 darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Wirtschaft der DDR gegenwärtig in einer angespannten Lage befindet.

– Die Außenhandelsprobleme zwingen zu forcierten Exportanstrengungen. Daraus folgt, daß die erheblichen Produktionserhöhungen je Beschäftigten sich nicht – wie in den Vorjahren – in einer entsprechenden Zunahme des Lebensstandards der Bevölkerung niederschlagen werden.

Ob unter diesen Bedingungen Produktivitätssteigerungen im gewohnten und geplanten Umfang noch leicht durchzusetzen sein werden, ist fraglich.

– Die Preissteigerungen für Rohstoffe und Energie sind geeignet, die Preisstrukturen auch in der DDR zu verändern und damit die Planung und Kontrolle des Wirtschaftsablaufs zu erschweren.

Wohnungsbau und Wohnraumversorgung in der UdSSR

Mit Ablauf des Jahres 1975 kann die Sowjetunion auf zwanzig Jahre einer intensiven Wohnungsbautätigkeit zurückblicken. Während des 6. Fünfjahresplans (1956–1960) war der Beschluß gefaßt worden, die „Wohnungsnot endgültig zu beseitigen“¹, d. h. jede Familie mit einer eigenen Wohnung zu versorgen. In der Tat setzte in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre eine beschleunigte Wohnungsbautätigkeit ein: Der Umfang der neugeschaffenen Wohnfläche verdoppelte sich gegenüber der in den vorangegangenen fünf Jahren. Auch in den folgenden Fünfjahresabschnitten stieg die Bauleistung weiter an, allerdings in einem mäßigeren Tempo.

einheiten². Mißt man die Zahl der fertiggestellten Wohnungen allerdings an der Zahl der Einwohner, dann ist die Sowjetunion in den letzten Jahren von vielen Ländern überflügelt worden. Während 1963 nur Schweden relativ mehr Wohnungen baute als die UdSSR (107 bzw. 103 Wohnungen je 10 000 Einwohner)³, lagen 1973 bereits 13 westliche Länder in der Wohnungsbauintensität vor der Sowjetunion. Im RGW-Bereich hat die UdSSR dagegen ihre führende Rolle beibehalten.

Neuzugang an Wohnraum (in Mill. qm)

	insgesamt	im Jahresdurchschnitt
1951–1955	241	48
1956–1960	474	95
1961–1965	491	98
1966–1970	519	104
1971–1975 (Plan)	541	108
1971–1974 (Ist)	434	108

Quelle: Narodnoe Chozjajstvo 1973, S. 660 und Vestnik Statistiki Nr. 4/1975, S. 86.

Mit der Zahl von 2,2 Millionen fertiggestellten Einheiten (Wohnungen und Eigenheime) nahm die UdSSR 1973 den ersten Platz in der Welt ein vor den USA mit 2,0 Millionen, Japan mit 1,9 Millionen und der Bundesrepublik Deutschland mit 0,7 Millionen Wohn-

Fertiggestellte Wohnungen je 10 000 Einwohner 1973

Japan	175	Frankreich	109
Finnland	132	Norwegen	106
Schweden	120	Spanien	98
BRD	116	USA	97
Schweiz	116	UdSSR	91
Niederlande	116	CSSR	85
Australien	116	Ungarn	82
Kanada	112	DDR	57
Dänemark	110		

Quelle: Nar. Choz. 1973, S. 164.

Dieser Vergleich berücksichtigt die Durchschnittsgröße der Neubauwohnungen nicht, die in der UdSSR erheblich unter dem west- und osteuropäischen

¹ Beschluß des ZK der KPdSU und des Ministerrats der UdSSR „Über die Entwicklung des Wohnungsbaus in der UdSSR“. In: Pravda vom 2. 9. 1957.

² Nar. Choz. 1973, S. 163.

³ Nar. Choz. 1964, S. 113.

Standard liegt. Unter den RGW-Ländern baut nur Rumänien ähnlich kleine Wohnungen.

**Durchschnittsgröße der Neubauwohnungen
in ausgewählten Ländern 1971
(Wohnfläche einschl. Nebenräume in qm)**

USA	92	CSSR	70	DDR	60
BRD	85	Japan	68	UdSSR	48
Frankreich	77	Ungarn	63	Rumänien	47

Quelle: Willard S. Smith: Housing in the Soviet Union – Big Plans, little Action. In: Soviet Economic Prospects for the Seventies. A Compendium of Papers submitted to the Joint Economic Committee. Congress of the United States. Washington 1973, S. 415.

Im langfristigen Zeitvergleich ist der Fortschritt aber unverkennbar. Die sowjetische Neubauwohnung von 1974 mit 49 qm ist fast ein Fünftel größer als die von 1956, die nur 41 qm Nutzfläche umfaßte.

Ausschlaggebend für die Entscheidung der Sowjetunion, lieber viele relativ kleine als wenige, aber größere Wohnungen zu bauen, war das Bestreben, in möglichst kurzer Zeit allen Familien zu einer eigenen, abgeschlossenen Wohnung zu verhelfen. Damit sollte das früher vorherrschende System der sog. Kommunalwohnungen (mehrere Mietparteien in einer Wohnung, die Küche, Bad und Korridor gemeinsam benutzen müssen) überwunden werden. Diesem sozialpolitischen Ziel ist die UdSSR ein gutes Stück nähergekommen: Bis Jahresende 1975 werden rund 75 vH der städtischen Bevölkerung in Einfamilienwohnungen untergebracht sein gegenüber rund 40 vH im Jahre 1960⁴.

Entwicklung des Wohnungsbaus in der UdSSR 1956 bis 1973

Jahr	Wohnungs-		
	fläche Mill. qm	einheiten 1000	größe ¹⁾ qm
1956	63,1	1 548	40,8
1957	85,9	2 060	41,7
1958	100,3	2 382	42,1
1959	115,2	2 711	42,5
1960	109,6	2 591	42,3
1961	102,7	2 435	42,2
1962	100,0	2 383	42,0
1963	97,6	2 322	42,0
1964	92,7	2 184	42,4
1965	97,6	2 227	43,8
1966	102,1	2 291	44,6
1967	104,5	2 312	45,2
1968	102,1	2 233	45,7
1969	103,8	2 231	46,5
1970	106,0	2 266	46,8
1971	107,6	2 256	47,7
1972	106,7	2 233	47,8
1973	110,3	2 272	48,5
1974	109,7	2 250	48,8

¹⁾ Durchschnittliche Größe je Wohneinheit in qm.

Quelle: Statistische Jahrbücher der UdSSR.

Wohnraumbestand

Die Höhe sowie die jährliche Veränderung des Wohnraumbestandes durch Neuzugang und Abriß wird in der Sowjetunion nur für „Städte und Siedlungen städtischen Typs“ ausgewiesen, und zwar nicht nach Zahl der Wohnungen, sondern lediglich nach gesamter Wohnfläche. Danach verfügte die UdSSR 1973 über einen Bestand von 1 730 Mill. qm städtischer Wohnfläche, gut zweieinhalbmal so viel wie im Jahre 1956. Seitdem hat jedoch die städtische Bevölkerung um 65 vH – das sind fast 60 Millionen Menschen – zugenommen, so daß sich unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahl die quantitative Wohnraumversorgung nur um 56 vH verbessert hat.

Aufgabe des städtischen Wohnungsbaus war es, gleichzeitig die Unterbringung von jährlich 2 bis 3 Mill. Neubürgern zu ermöglichen und die bestehende Wohnraumversorgung je Einwohner zu verbessern. Tatsächlich ist dies im Verlauf der letzten zwanzig Jahre auch gelungen, da gleichzeitig mit der Aufnahme von 60 Mill. Menschen in den Städten sich die Wohnfläche je Einwohner stetig erhöht hat.

Städtischer Wohnraumbestand in der UdSSR

	Mill. qm	qm je Einwohner
1956	673	7,6
1960	958	9,2
1965	1 238	10,2
1970	1 529	11,2
1973	1 730	11,8

Quelle: Nar. Choz. 1973, S. 615.

Gegenwärtig dürfte ein Bestand von 12 qm Wohnfläche je Einwohner erreicht sein. Das ist zwar ein deutlicher Fortschritt gegenüber den vergangenen Jahren; aber noch immer bleibt die Sowjetunion in ihrer Wohnraumversorgung auf einem Niveau, das erheblich unter dem Durchschnitt europäischer Industrieländer (rd. 20 qm) liegt. So standen z. B. Ende 1974 jedem Einwohner in der DDR 22 qm, in der Bundesrepublik Deutschland 27 qm Wohnfläche zur Verfügung⁵.

Wohnungsbau und Gesamtinvestitionen

Im 6. Fünfjahrplan 1956–60 lag der Wohnungsbau bei der Verteilung der Investitionen an zweiter Stelle nach der Industrie und vor der Landwirtschaft; seitdem hat sich – bei gleichbleibendem Anteil der Industrieinvestitionen – die relative Bedeutung von Wohnungsbau und Landwirtschaft umgekehrt. Heute erhält die Landwirtschaft einen um 5 Prozentpunkte

⁴ Voprosy ekonomiki, Nr. 5/1972, S. 24.

⁵ Vgl. Das langfristige Wohnungsbauprogramm der DDR. Bearb.: Manfred Melzer. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 27/1975, S. 219.

höheren Anteil an der gesamten Investitionssumme, während die Stellung des Wohnungsbaus bei der Vergabe der Investitionen ständig zurückgegangen ist.

Anteil der Wohnungsbauinvestitionen an den gesamten Investitionen in vH

1956–1960	23,2
1961–1965	18,3
1966–1970	17,0
1971	16,0
1973	15,3

Quelle: Nar. Choz. 1973, S. 549.

Absolut sind diese Beträge, die für den Bau von Mietwohnungen und Eigenheimen aufgebracht wurden, allerdings von Jahr zu Jahr gestiegen (in den letzten zehn Jahren nahezu konstant um jährlich 3,8 vH). Der Mehraufwand führte jedoch nicht zu einem Mehr an fertiggestellten Wohneinheiten, sondern beruhte auf Kostensteigerungen, Verbesserung der Ausstattung und Vergrößerung der durchschnittlichen Wohnfläche⁶.

Finanzierung

Finanziert wurde der Wohnungsbau in der UdSSR von jeher sowohl mit staatlichen als auch mit privaten Mitteln; seit Anfang der sechziger Jahre traten als dritter Finanzierungsträger die Wohnungsbau-genossenschaften hinzu. Während die Genossenschaften mit einem konstanten Anteil von 6 vH am Wohnungsneubau einstweilen nur eine untergeordnete Rolle spielen, verschiebt sich die relative Bedeutung von staatlichen und privaten Bauträgern ständig zugunsten des Staates.

Anteil der Finanzierungsträger am Wohnungsbau in vH

	Staat	Wohnungsbau-genossen-schaften	Private
1956	46	0	54
1960	50	0	50
1965	59	5	36
1970	66	6	28
1974	69	6	25

Quelle: Ekonomiceskaja Gazeta, Nr. 8/1975.

Die Mittel zur Finanzierung des staatlichen Wohnungsbaus sind sowohl Zuweisungen aus dem Staatshaushalt als auch Eigenmittel der staatlichen Betriebe, d. h. Teile des von ihnen erwirtschafteten Gewinns, den sie zugunsten der Wohnraumversorgung ihrer Beschäftigten investieren. Der staatlich finanzierte Wohnungsbau konzentriert sich auf die Städte bzw. Siedlungen städtischen Charakters. Staatliche Wohnhäuser sind durchweg mehrstöckige Bauten, die Standardform hat fünf Stockwerke. Privat finanzierte Wohnhäuser sind dagegen in der Regel

einstöckige Einfamilienhäuser, vornehmlich auf dem Lande oder in kleinen Städten.

Der private Wohnungsbau geht absolut und relativ zurück, einmal weil die Bevölkerung mehr und mehr vom Land in die Stadt abwandert (in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern dürfen seit 1964 keine privaten Wohnhäuser mehr gebaut werden), zum anderen weil die Beschaffung von Baumaterial und Arbeitskräften oft unüberwindliche Schwierigkeiten bereitet.

Beim Eintritt in eine Wohnungsbaugenossenschaft erwirbt das Mitglied kein Eigentum, sondern nur ein – allerdings vererbbares – Wohnrecht. Das Wohnhaus ist Eigentum der Genossenschaft. Es müssen 40 vH der Baukosten aus eigenen Ersparnissen aufgebracht werden, das sind etwa 2 500 Rubel bei einer durchschnittlichen Wohnung. Die restlichen 60 vH werden vom Staat als Kredit bereitgestellt und sind von den Mietern in monatlichen Raten von mehr als 20 Rubel in 15 Jahren abzuzahlen. Außerdem müssen die Mieter monatlich weitere 10 Rubel für Unterhalt, Verwaltung und Reparatur des Gebäudes beisteuern. Beim Austritt aus der Genossenschaft werden die eingezahlten Beträge zurückerstattet. Die Stagnation des genossenschaftlichen Wohnungsbaues ist wohl vor allem damit zu erklären, daß die Beschäftigten der Bau-Industrie bei der Fertigstellung der staatlichen Wohnhäuser verschiedene materielle Vergünstigungen erhalten, nicht dagegen beim genossenschaftlichen Wohnungsbau. Dementsprechend sind die Bauzeiten beim genossenschaftlichen Wohnungsbau in der Regel wesentlich länger als beim staatlichen. Andererseits bietet die Genossenschaft ihren Teilnehmern den Vorteil, die oft jahrelange Wartezeit bis zur Zuteilung einer staatlich finanzierten Wohnung zu umgehen, einen Vorteil, den freilich nur Familien mit überdurchschnittlich hohen Einkommen wahrnehmen können.

Mieten

Das langfristige Parteiprogramm von 1961 sieht vor, bis zum Jahre 1980 die Mieten abzuschaffen und den staatlichen Wohnungsfonds ausschließlich aus Haushaltsmitteln zu bewirtschaften. Schon jetzt sind die Mieten außerordentlich niedrig; sie werden individuell festgesetzt und richten sich nach Größe und Ausstattung der Wohnung sowie nach Einkommen und persönlichen Lebensumständen des Mieters. In der Regel sind pro qm Wohnfläche monatlich 13 Kopeken (= 0,45 DM), bei modernen Wohnungen in Hochhäusern mit allem Komfort 30 Kopeken (= 1,03 DM) an Miete zu zahlen. Daraus ergibt sich

⁶ Die Baukosten je qm Wohnfläche stiegen von 1956/60 bis 1966/70 um 38,4 vH (berechnet nach Nar. Choz 1973, S. 549 und 608).

eine Belastung von durchschnittlich nur 4 bis 5 vH des Familieneinkommens. Das Gesamtaufkommen an Miete deckt die Kosten für Verwaltung, Reparaturen und laufenden Unterhalt der Wohnungsbauten nur zu rund einem Drittel; die übrigen zwei Drittel (ca. 2 Mrd. Rubel) werden aus staatlichen Mitteln aufgebracht⁷. Eine Amortisierung der staatlichen Investitionen beim Neubau ist ohnehin nicht vorgesehen.

Entwicklungstendenzen

Die sowjetische Wohnungspolitik hat sich stets an zwei divergierenden Konzepten orientiert⁸: Einerseits hat jeder Bürger ein Grundrecht auf Wohnung. Dieses Grundrecht wird verwirklicht, indem der Staat jeden Wohnungssuchenden in einer Warteliste aufnimmt, ihm nach Ablauf einer bestimmten Zeit eine Wohnung zuweist und die Baukosten voll, die Unterhaltskosten überwiegend trägt. Andererseits gibt es kaum ein wirksameres Mittel zur Arbeitsstimulierung bzw. zur Belohnung hervorragender Leistungen als die Übergabe einer fertigen Neubauwohnung. Dieses Mittel setzen z. B. staatliche Betriebe ein, wenn sie vorbildlichen Arbeitern beschleunigt zu einer Wohnung verhelfen. Ebenso werben Kolchosen um Fachkräfte mit der Zusicherung, ihnen beim Bau eines Eigenheimes zu helfen (durch Bereitstellung von Arbeitskräften und Beschaffung von Baumaterial).

Beide Konzepte werden auch in Zukunft nebeneinander bestehen. Die Perspektiven (der in Vorbereitung befindliche neue Fünfjahrplan 1976–1980 und der „Generalplan“, der die Rahmenentwicklung bis 1990 absteckt) lassen eine Fortsetzung des bisherigen Trends erkennen. Das vorrangige Ziel, nämlich die Bereitstellung einer eigenen abgeschlossenen Wohnung für jede Familie, müßte unter Beibehaltung des gegenwärtigen Bautempos bis 1985 erreicht sein.

Aber schon jetzt werden die Neubauwohnungen als zu klein, ihre Ausstattung und bauliche Qualität als ungenügend empfunden. Soweit mittel- und lang-

fristige Vorhaben der Wohnungspolitik bekannt sind, zielen sie vor allem auf qualitative Veränderungen, d. h. die Zahl der jährlich zu übergebenden Wohneinheiten wird weiterhin bei etwa 2,2 Millionen liegen, aber die Durchschnittsgröße der Wohnungen wird zunehmen (auf 53 qm im nächsten Fünfjahrsabschnitt)⁹.

Die technische Ausstattung der Wohnungen hat sich zwar verbessert, aber noch immer ist jede fünfte Wohnung im staatlichen Wohnungsbestand ohne Kanalisation und ohne fließendes Wasser:

Ausstattung des staatlichen Wohnungsbestandes

	Anteile in vH	
	1959	1975 (Plan)
Wasserleitung	56	82
Kanalisation	53	79
Bad oder Dusche	30	62
Zentralheizung	44	78

Quelle: Voprosy ekonomiki, Nr. 5/1972, S. 25.

Während die vollständige Ausstattung der Wohnungen „mit allem Komfort“ grundsätzlich als Ziel anerkannt ist, besteht über die optimale Größe der zukünftigen Idealwohnung keine präzise Vorstellung. Angestrebt wird eine Wohnungsversorgung, bei der nicht nur jede Familie eine eigene Wohnung, sondern auch jedes Familienmitglied ein eigenes Zimmer hat. Die Wohnraumpläne einiger anderer RGW-Länder (z. B. Bulgarien und Polen) gehen von einer Pro-Kopf-Quote aus, die zwischen 15 und 20 qm Wohnfläche (einschl. Nebenräume) liegt¹⁰. Diese Norm könnte die Sowjetunion, wenn sie das Bautempo der letzten Jahre beibehält, erst in etwa 15 Jahren erreichen.

⁷ Voprosy ekonomiki, Nr. 5/1972, S. 28.

⁸ Vgl. Alfred John di Maio: Soviet Urban Housing Problems and Policies. New York 1974, S. 3.

⁹ Vgl. Voprosy ekonomiki, Nr. 5/1972, S. 26.

¹⁰ Zemedelsko Zname vom 13. 7. 1972 und Sprawy mieszkaniowe, Nr. 3/1972.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5

Tel. (030) 8 29 11 — telex 01 83247 diwbl

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Günther John, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Hönkner, in Vertretung Dr. Peter Rosenberg

Die wirtschaftliche Lage der DDR zur Jahresmitte 1975 bearbeitet von Doris Cornelsen. —

Wohnungsbau und Wohnraumversorgung in der UdSSR bearbeitet von Maria Elisabeth Ruban.

Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangaben zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Bürotechnik Berlin, 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43

Bezugspreis für den Jahrgang DM 50,—, vierteljährlich DM 15,—, Einzelnummer DM 2,—.